

Urbanes Wohnen - eine Bürgerinitiative

Aussagen zur Genossenschaftsgründung

Werkstattbericht Urbanes Wohnen

(aus 'Baumeister' Heft 10/1970)

Auslösende Momente:

Zwei Familien (Marie und Herbert Lohmar, Gaby und Erich Schneider-Wessling) - Pädagogen und Architekten - diskutieren pädagogische, soziologische, städtebauliche, architektonische Fragen.

Pädagogische Konsequenzen:

Grundvoraussetzung für die Änderung der lethargischen Gesellschaft ist die freie Entfaltung des Menschen - als Kind. In den Zwang der staatlichen Erziehung wird ein bestehendes System - Montessori - integriert (der älteste programmierte Unterricht mit Wahlmöglichkeiten).

Eine erste Art von Gesamtschule auch als Zentrum einer Wohngemeinschaft, ist das formale Ergebnis.

Soziologische Konsequenzen:

Sarcelitis und keine Lösung: Aufnahme des Soziologiestudiums. Die Bürger sind dem Staat ausgeliefert: Forderung nach einer Form zur Einschaltung der Öffentlichkeit und zur Entwicklung der Stadt (Stadt-Forum-Köln).

Städtebauliche Konsequenzen:

Suche nach evolutionären Methoden zur 'Sanierung' unser städtischen Umwelt (Luft - Lärm - Bewegungsraum): Überbauung von Verkehrsflächen: Verdichtung von vorhandener Substanz durch aufgeständerte Stadtbausysteme. Zusammenarbeit mit Kybernetikern der Universität Köln zur Findung von Stadtentwicklungsprozessen (ohne große Erfolge).



Interessentenkreis Urbanes Wohnen Köln (aus: BMBau-Schriftenreihe Nr.01-072)

Architektonische Konsequenzen:

Ein Doppelhaus des Architekten mit einer befreundeten Familie zeigt am Objekt der eigenen Gruppe die Dringlichkeit der städtischen Lösung. Die reiche persönliche Umwelt wird ausgetauscht gegen die architektenfreie Wohnung der Innenstadt. Ein beschränkter Wettbewerb bringt die Experimentiermöglichkeit zur Realisierung eines mittleren Objektes mit veränderbaren Wohnungen und Gemeinschaftseinrichtungen.

Konfliktsituationen:

Die heile Welt der Isolation - der unheilvolle Lebensraum der reichen Stadt.

Erste Ansätze:

Persönlich empfundene Probleme:

die Wohnungen der Stadt sind trist und starr; die Kinder sind halbtags unbeschäftigt; die Frauen sind berufstätig, aber zu sehr an den Haushalt gebunden; die Lebenshaltungskosten (Wohnung) stehen im Mißverhältnis zum Ertrag aus gesellschaftspolitisch engagierter Tätigkeit; gesunderhaltender Ausgleich zur geistigen Tätigkeit fehlt.

Entschluß zum Bau eines Hauses für mehrere Gruppen in der Stadt mit Gemeinschaftseinrichtungen läßt Mängel erkennen: gettoartige Isolierung einer ausgewählten Gruppe gegenüber einer vielfältigen sozialen Umwelt, Veränderungen in den persönlichen Beziehungen finden geringe Wahlfreiheit; mangelnde Anonymität. Defekte der heutigen städtischen Situation sind nur ungenügend zu beeinflussen (ruhige Zonen, Mikroklima, halböffentliche Zonen).

Methodische Arbeitsweise Urbanes Wohnen

Analysen

(Bekanntes Phänomene sind zur Vervollständigung der Motivationen angegeben.)

1. Analyse der soziologischen Aspekte:

Bekanntes Probleme der Neubaugebiete (Mitscherlich, Jane Jacobs, Berndt etc.).

Übliche 'Sanierungsmaßnahmen' zerstören intakte soziale Strukturen.

Isolierung, aber nicht Individuation; die Kernfamilie verhindert durch Kontrollfunktion die freie Entfaltung von Partnern und Kindern als Individuen und die Bildung heterogener Gruppen, die als Zwischenglieder in einem demokratischen Staat nötig sind.

Die Kernfamilie ist nicht mehr in der Lage die sozialen Aufgaben zu bewältigen. Der entpersonifizierte Staat kann die Kindererziehung, die Krankenpflege, die Altenfürsorge nur teilweise wahrnehmen. Die Verantwortung des einzelnen gegenüber der Gesellschaft nimmt in dem Maße ab, wie die Institutionalisierung der sozialen Dienste zunimmt.

Emanzipation:

Die Rolle von Mann und Frau sind größtenteils austauschbar; Einschaltung des Mannes in den gesellschaftlichen und der Frau in den geistigen Tätigkeitsbereich.

Individualisierung des Bildungsprozesses (Gesamtschule mit neigungsbezogenem Unterricht wird von unserer leistungsbezogenen Gesellschaft als volkswirtschaftlich effizienter angesehen; das Nebenprodukt: individuelle Entfaltung - Abkehr von der Lethargie ist bedeutend).

Tätigkeit des Menschen verlagert sich auf Benutzung des Geistes (= Freizeitgesellschaft); 'homo ludens' ist nicht der sinnlos verspielte, vielmehr der geistig aktive Mensch.

2. Analyse der Umweltbedingungen:

Industrialisierung zerstört funktionelle Entwicklung der Stadtstrukturen. Moderner Verkehr okkupiert die sekundären Wohnräume der Stadt.

Wirtschaftliche Machtkonzentration entreißt dem einzelnen die Einflußmöglichkeit auf den städtischen Raum. Er flieht ins Einfamilienhaus. Die Städte sind zu dünn besiedelt, um moderne Dienste (Konsum, Kultur, Verkehr, vor allem Bildung) effizient anbieten zu können (z.B. Köln innerhalb der Ringe GFZ 1,9 im Gegensatz zu Paris 4-5).

Dichtbesiedelte Stadtgebiete sind biologisch-klimatisch unbrauchbar.

Wohnraum ist Spekulationsobjekt.

Schlußfolgerungen

zu 1.:

Nicht eine 'funktionelle Architektur' sondern das soziologische Funktionieren ist ausschlaggebend:

Es muß ein Prozeß gefunden werden, der die Interaktionen heterogener Gruppen herbeiführt, bevor eine bauliche Fixierung erfolgt.

Gruppen müssen in die Aufgaben sozialer Dienste eingeschaltet werden.

Es zeichnet sich die Notwendigkeit zu neuen Gesellschaftsformen ab, die experimentell unter optimalen Umweltbedingungen erprobt werden sollen.

Vorhandene Bevölkerungsgruppen müssen in einen Umbildungsprozess einbezogen werden.

Eine optimale (nicht ideologisch maximierte) soziale Mischung ist anzustreben.

Zu 2.:

Nur größere bauliche Einheiten (mindestens ca. 150 Wohneinheiten), möglichst in enger Verflechtung mit alten Wohngebieten sind geeignet, die Forderung nach sozialer Mischung, Schaffung halböffentlicher Zonen (Sekundärwohnraum) und deren sinnvoller wirtschaftlicher Nutzung, Ausschluß der Lärmquellen durch Überbauung und Orientierung der wesentlichen Funktionen 'nach innen', nach erträglichem Mikroklima usw. zu erfüllen.

Solche Grundstücke stehen in der Innenstadt nur begrenzt zur Verfügung. Ausweichen auf einfach benutzte Bereiche: Bahngelände, Parkplätze, Verkehrskreisel, Gewässer etc.

Entwicklungsstrategie

Bildung von Arbeitsgruppen

1. zur Erarbeitung der Grundlagen
 2. als Basis für Gruppeninteraktionen;
- Institutionalisierung der Gesellschaft 'Urbanes Wohnen';
Dachorganisation für Gesellschaften in mehreren Städten;
Trägergesellschaft für soziale Dienste, Bau eines Prototyps mit wissenschaftlicher Auswertung;
Erweiterung zu wirksamen Sanierungsmaßnahmen.

Intentionen 'Urbanes Wohnen'

Entwicklung der Eigeninitiative in Sozial- u. Umweltfragen;
Klassenüberbrückende Aktionen;
Stärkung demokratischen Handelns;
Sicherheit durch Mitbestimmung;
Lösung aus der Isolation der Kernfamilie; Aufgabenteilung im Wohnbereich, vor allem Beteiligung an der vorschul- und schulbegleitenden modernen Pädagogik;
Verschiedene Finanzierungsarten über Genossenschaftseigentum

Mischung von Wohnen, Arbeiten, Erholung

(prophylaktisches Gesundheitszentrum)

Nutzung der komplexen städtischen Struktur;
Entwicklung von prozessualen Sanierungsmodellen;
Belebung der Innenstädte (nicht als neue Ideologie, sondern als Funktion der Emanzipation);
Wohnraum nicht als Spekulationsobjekt, sondern als Grundrecht des Menschen (billiges Wohnen!)
Halböffentliche Räume und Zonen zur Ergänzung des individuellen Wohnraums;
Entwicklung adäquater, nicht fixierter Wohnformen und Wohnräume.

Urbanes Wohnen - ein Projekt in Köln oder ein Trend?

(Bauwelt Sonderdruck, Nr.: 10/1970)

1. Zusammenfassung der allgemein bekannten Umweltfaktoren, die das Bedürfnis für 'Urbanes Wohnen' verursacht haben

- 1.1. Hektisches Wachstum der Städte durch Industrialisierung: Die Funktionen des städtischen Lebens kommen aus dem Gleichgewicht; die Entmischungsideologie als Folge führt zum reinen Wohnen in durchgrünten Vorstädten.
- 1.2. Die modernen Verkehrsmittel okkupieren den öffentlichen Bewegungsraum.
- 1.3. Großpotentaten (Versicherungen, Anstalten öffentlichen Rechts, Kaufhäuser) verdrängen die pluralistische Besitzerstruktur aus den Städten.
- 1.4. Das Eigentum am Einfamilienhaus zur Sicherung der Familie führt zur Isolation.
- 1.5. Verkehr und Industrie bringen Gesundheitsschädigende Faktoren mit sich: Verschmutzung der Luft, Lärm.
- 1.6. Arbeitsteilige Gesellschaft: der Mann ist Nur-Berufstätiger, die Frau Nur-Hausfrau;

die gleichermaßen für den Beruf ausgebildete Frau ist frustriert: Wunsch nach Emanzipation.

- 1.7. Die Kleinfamilie ist nicht mehr in der Lage, die sozialen Aufgaben zu bewältigen: der entpersonifizierte Staat kann die Kindererziehung, die Krankenpflege, die Altersfürsorge usw. nur teilweise befriedigend wahrnehmen. Die Verantwortung des einzelnen gegenüber der Gemeinschaft nimmt in dem Maße ab, wie die die Institutionalisierung der sozialen Dienste zunimmt (Jane Jakobs).
- 1.8. Nur in dicht besiedelten Zonen sind charakteristische moderne Dienste möglich (Konsumgüterangebot, Bildungszentren, Unterhaltung, Verkehr usw.). Wer nicht Anschluß an diese Dienste hat und von den Angeboten nicht Gebrauch machen kann, wird an den raschen Entwicklungsprozessen der Gesellschaft nicht teilhaben können.

Anmerkung 1:

Es besteht die Gefahr, daß die Forderung nach Verdichtung der Städte zur neuerlichen Alternativ-Ideologie gegen die Charta von Athen wird.

Es ist einerseits endlich erforderlich, daß Kontrollmechanismen Ideologien im Städtebau ablösen, andererseits muß darauf hingewiesen werden, daß:

1. moderne Techniken erhebliche Verdichtungen erlauben mit einem Potential an Sanierung als Nebenprodukt (Beispiel: Terrassen und Dachgärten erzeugen ein gesundes Mikroklima - die ganze Stadt ist ein Park) und daß
2. moderne Lebensbedürfnisse nur noch in dicht besiedelten Gebieten geboten werden können. Man denke nur an die Entwicklung der Gesamtschulen, die mit 2000 Schülern ein starkes Einzugsgebiet brauchen; darüber hinaus werden noch Bildungszentren ausgebaut.

2. Intentionen des 'Urbanen Wohnens'

2.1. Die **Eigeninitiative** der Bürger zur Lösung von sozialen und umweltgestaltenden Fragen vermittelt:

- eine Beziehung zur Integration in die verschiedenteilige, Klassenunterschiede überbrückende Gesellschaft;
- demokratisches Verantwortungsbewußtsein;
- Sicherheit durch Mitbestimmung.

2.2. **Soziale Mischung.** Das Zusammenwirken verschiedener Altersgruppen, Berufs-, Standes- und Einkommenszugehörigen ist eine Voraussetzung für:

- die Lösung aus der Isolation der kleinen Familie - die Härte von Partnerschaftsbindungen wird vermieden, Wahlfreiheit der Bezugspersonen für Kinder möglich;
- Verständnis für das Gemeinwesen (siehe 2.1.) - Aufgabenteilung im Wohnbereich, vor allem vielfältige Versorgung der Kinder nach modernen pädagogischen Gesichtspunkten;

die soziale Mischung wird erreicht durch:

- eine große Anzahl von Wohneinheiten, bestehend aus Wohnungen für Alleinstehende, Familien und Wohngemeinschaften, Studentenappartments, Alten- und Körperbehindertenplätzen, Gästezimmern usw.;

- Einbindung in eine bestehende städtische Struktur (Anmerkung 2);
- verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten in einem Wohnkomplex (z.B. Wohnungseigentum, eigentumsbildende oder einfache Miete, öffentliche oder private Subventionierung).

Anmerkung 2:

Die Bestimmung von 160 Einheiten beim Kölner Projekt 'Urbanes Wohnen' erfolgte noch nicht auf Grund einer genauen Analyse der Arbeitsgruppe 'Soziale Struktur', sondern durch Vergleiche mit existierenden Projekten ähnlicher Art. So weist z.B. Halen bei Bern mit etwa 80 Wohneinheiten und Einfamilienhausstruktur nicht die notwendig Mischung auf. Durch Verdoppelung dieser Anzahl, Einbeziehung verschiedenartigster Wohnungen und die Verflechtung mit einer bestehenden Stadtstruktur erhofft die Kölner Genossenschaft eine wesentliche Verbesserung. Eine mindestens so große Zahl von Wohneinheiten ist auch als finanzielle Basis für die Schaffung der Gemeinschaftsanlagen notwendig.

2.3. Wohnen in der Stadt. Wohnen besteht aus vielen umweltbedingten Funktionen, die die 'Wohnung' nicht bietet (siehe 1.8. und Anm. 1). Die Stadt andererseits braucht wieder die Funktion 'Wohnen' (die Innenstädte sind ausgestorben), dazu muß eine Veränderung der Umweltfaktoren (siehe 1.1.-1.3. u. 1.5.) herbeigeführt werden.

2.4. Billige Wohnungen sind die Voraussetzung für die Beteiligung aller Bevölkerungsschichten an solchen Unternehmungen (siehe 2.1. und 2.2.). Sie werden erreicht:

- im Entwicklungsstadium, d.h. bis zur restlosen Absicherung der Realisierbarkeit des in vielen Bereichen neuartigen Projekts durch Eigenleistung der Mitglieder (im Gegensatz zu anderen Wohnungsbaugesellschaften ist kein teurer Verwaltungsapparat zu unterhalten);
- dadurch, daß die Genossenschaft 'Urbanes Wohnen' keine Gewinne macht (10- 40% Ersparnis);
- durch die Wahl von Grundstücken, die bereits eine Nutzung haben und mehrschichtig und dicht bebaut werden können;
- durch verbilligten Einkauf von Halbfertigprodukten;
- durch sorgfältige Auswahl von Materialien und Konstruktionen, die mehr Funktionen als prestigesteigernde Aufgaben erfüllen;
- durch Reduktion von Wohnflächen deren Funktion gemeinschaftlich benutzte, allgemeine Zonen besser übernehmen können (zum Teil bei großen Familien bis zu 25%) ein Teil davon wird allerdings von der Finanzierung der allgemeinen Zonen geschluckt (siehe 2.5. und 2.6.);
- durch Verwendung von Geldern für Demonstrativbauvorhaben und Mittel für sozialen Wohnungsbau, sowie öffentliche Mittel für besondere Zwecke wie Kindergarten, Alten- und Studentenwohnungen usw.;
- durch Benutzung von Gemeinschaftseinrichtungen.

2.5. Allgemeine halböffentliche (kommunale) Zonen. Diese bilden sich zwischen Familien, z.B. durch Öffnen der Kinderzonen zueinander, bis hin zu Wohnräumen von Gemeinschaften mehrerer Familien, oder durch gemeinsam

genutzte Spezialräume, z.B. Musikzimmer. Im wesentlichen aber sind es Einrichtungen für alle: Babykrippe, Kindergarten, Vorschule, Räume zum Spielen für verschiedene Altersgruppen, zum Basteln, Fernsehen, Filmen, Musizieren usw.. Wichtig sind auch Bereiche, die für viele spontane Aktivitäten zur Verfügung stehen, vor allem auch entsprechende Freiräume im 'Innenhof'-Bereich, als Terrassen mit Dachgärten für Sport, Spiel und Erholung (siehe 1.2.), Feier- und Speiseräume, die gemeinsam bewirtschaftet werden, wo z.B. Kinder essen können, wenn die Mutter berufstätig ist, Zimmer für Gäste, Angestellte (z.B. Kindermädchen), Kranke. Vom einzelnen nicht, aber von einer großen Gruppe realisierbar, ist ein prophylaktisches Gesundheitszentrum: Schwimmen, Turnen, Saunabaden sollen in einer baulich angenehmen Umgebung möglich sein.

2.6. Gemeinschaftliche Einrichtungen. Putzen, Waschen und Kochen sollen für die Frauen erledigt werden, die berufstätig sein wollen. Dadurch werden Spülmaschinen, Staubsauger usw. in den Einzelhaushalten gespart. Großeinkauf, Benzinsäulen mit Autowaschplatz, Fahrräder, Minicars und Schulbus, zentraler Boten- und Telefondienst ergänzen die reiche Umwelt mit wenig Aufwand.

2.7. Aufbau einer lebendigen sozialen Struktur: Um bei der Mehrzahl der Bewohner ein tiefes Verständnis für die sozialen Aufgaben aufzubauen, arbeiten die Mitglieder in Arbeitskreisen. Es soll sich dadurch ein 'unsichtbares Gemeinwesen' bilden, bevor ein Projekt bezogen wird. Ein Sozialbewußtsein der künftigen Bewohner der Anlage, das, ohne Verpflichtung für den einzelnen zu sein, Anreiz und Möglichkeit für eine weitere Zusammenarbeit schafft (Kindererziehung, Erwachsenenfortbildung, Altenbetreuung, politische Aktivität, Selbstverwaltung, usw.) kann damit vielleicht über die Grenzen der Anlage hinaus wirksam werden.

Es bestehen folgende Arbeitskreise:

A. Juristisch-wirtschaftlicher Kreis

- Probleme der juristischen Form. Rechtsform der Gemeinschaft; Gesellschaftsvertrag bzw. Genossenschaftsstatut; Voraussetzung für die Genehmigung einer eingetragenen gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaft.
- Baurechtliche Fragen. Überbauungsrecht, Raumrecht, Verhältnis von Teil-, Mit- und Sondereigentum.
- Finanzierung. Beleihungsmodalitäten, Sondierung mit einzelnen Kreditinstituten, Möglichkeiten staatlicher Unterstützung (Darlehen, Steuererleichterung), Aufstellung eines Finanzierungsplanes für die Gesellschaft (Genossenschaft), sowie ein Grundschema für die Eigenfinanzierung der Interessenten. Beratung von Interessenten und Mitgliedern.

B. Architektonisch-soziologischer Arbeitskreis

- Grundstücksbeschaffung. Erfassung aller in Frage kommenden Grundstücke in der Innenstadt, Analyse der Grundstücke hinsichtlich der Kosten, Erbpacht, Bebaubarkeit, Verkehrsbeziehung und Nähe öffentlicher Einrichtungen.

Vorverhandlung mit Grundstückseigentümern, insbesondere der Stadt.

b. Analyse vorhandener Wohnanlagen, um dort auftretende Nachteile zu vermeiden. Vorschläge zum Raumprogramm (Art, Zweckmäßigkeit und Kosten von Gemeinschaftseinrichtungen, auch unter Einbeziehung der Umgebung). Programm zur Sozialstruktur (Alten- und Studentenwohnungen, berufliche Mischung). Soziologische Untersuchung der konkret in Frage kommenden Gebiete. Beobachtung der Projekte in der Realisationsphase, um neue soziologische Erkenntnisse zu erlangen.

c. Architekturproblem. Fragen der Bebauung (Baustaffel, Terrassenbauweise, variable Systeme usw.), Wirtschaftlichkeitsberechnungen, Optimierung im Zeitablauf durch Netzplan; räumliche und konstruktive Systemuntersuchungen unter besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit. Planspiele. Modelldarstellungen. Ausarbeitung eines qualifizierten Fragebogens über den Wohnungsbedarf der einzelnen Mitglieder und Interessenten.

C. Arbeitskreis Wertung und Mitgliederbetreuung

a. Öffentlichkeitsarbeit: Aufstellung eines Werbeprogrammes gezielter Aktionen (Inserate, Interviews, Ansprechen bestimmter Gruppen). Erarbeitung von prägnantem Informationsmaterial. Kontakte mit politischen Organisationen.

b. Betreuung von und Auskunft an Interessenten und Mitglieder. Verwaltung: Organisation der Mitgliedertreffen. Aufstellung von Arbeitsprogrammen von Fall zu Fall und Koordination der Arbeitskreise. Protokollführung:

Es hat sich besonders durch die Arbeiten der Kölner Gruppe 'Soziale Struktur' gezeigt, daß zur konstruktiven Mitwirkung an den Aufgaben des 'Urbanen Wohnens' eine aufgeschlossene zeitnahe Einstellung notwendig ist - zur Erziehung - zum Eigentum - zu sozialen Leistungen - und zum Experiment.

2.8. Anpassungsfähigkeit der Wohnungen (siehe 3. Pluralistische Architektur).

- Wohnungen sollen im Inneren von ihren Bewohnern frei zu gestalten sein, und zwar mit folgenden Möglichkeiten:

a. Großraumwohnung ohne Unterteilung;

b. do-it-yourself;

c. leichte Trennwände, deren Schalldämmwerte auf das schwächste Glied, die Tür, abgestimmt sind.

d. Montagewände, die von der Genossenschaft zu mieten sind.

- Wohnungen sollen teilbar sein oder Nachbarwohnungen ganz oder teilweise angeschlossen werden können. Familien verändern sich, Kinder gehen aus dem Haus. Wenn in den Vertikalen ebenfalls Anschlüsse möglich sind, in dem Deckenteile zum Teil herausnehmbar sind, ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß der nötige Wachstums- und Schrumpfungsprozess stattfinden kann. Abweichend von bisherigen Wohnungen mit Fixierungen in Geschoßhöhen von 2,75 m sollen Varianten durch zwei und drei Geschosse bis zu großzügigen Raumentwicklungen möglich sein.

- Der Tausch von Wohnungen innerhalb eines Projektes

- ist für den Fall vorgesehen, daß die Anpassung nicht möglich ist.

Diese Aufgabe ist besonders wichtig, solange auf dem freien Markt ähnliche Wohnbedingungen nicht zu finden sind, weil sich Wohnungssuchende besonders entwürzelt vorkommen würden.

- Ringtausch über Städte hinweg ist für den Fall einer beruflichen Versetzung erwünscht, und deshalb ist es besonders erfreulich, daß bereits in mehreren Städten Genossenschaften 'Urbanes Wohnen' gebildet werden.

3. Pluralistische und demokratische Architektur

- Im Arbeitskreis 'Architektur' sind nicht nur Architekten vertreten.

- Jeder Beteiligte ist 'Bauherr' und Architekt in seinem eigenen Bereich. Er bestimmt nach den Spielregeln, die von der Arbeitsgruppe 'Architektur' ausgearbeitet werden, seine eigene Umwelt; hieraus ergibt sich ein vielfältiges äußeres Erscheinungsbild, das den Willen des einzelnen zum Ausdruck bringt.

- Die Anlieger werden - im Gegensatz zur allgemein üblichen Praxis - vor Aufstellung eines Bebauungsplanes von den Vorhaben informiert und nach Wünschen befragt.

4. Städtebauliche Möglichkeiten

- Der 'Bauturm' (Architekten, Ingenieure, Bauleiter) berät, entwickelt Systeme, koordiniert und ist für die technische Ausführung verantwortlich.

4.1. Allgemeine Situation: Die Aufgaben im Städtebau, die die Probleme unter 1.1.-1.3. und 1.5. lösen soll, sind eindeutig gestellt:

4.1.1. Findung von funktionsfähigen Mechanismen zur Steuerung eines dynamischen und komplexen Prozesses zur Stadtentwicklung;

4.1.2. Anordnung von Funktionen in vertikaler Schichtung:

- Wohnungen mit Büros in terrassierten oberen Bereichen mit individuellen Terrassen und öffentlichen Erholungs- und Spielflächen;

- Kaufhäuser, Basare, Theater, Produktionsstätten, Großraumbüros in 'Dunkelzonen';

- ruhender/fließender Individualverkehr in unteren Ebenen;

- Massenverkehrsmittel in einem engmaschigen Netz;

4.1.3. Bausysteme (Montage wegen Baulärm) für langsame Wandlung bestehender Strukturen (z.B. Gründerzeitblocks).

4.1.4. Schaffung von Makro- und Mikroklima, evtl. klimatisierte Außenräume.

4.1.5. 'Eindämmung der Bebauung durch imaginäre, wachsende Stadtmauern' mit Dichtebereichen nach Wahl der Bevölkerung.

4.1.6. Herstellung von Modellen neuer Stadtstrukturen zur experimentellen Erprobung und Bewertung und zur Information der Bevölkerung.

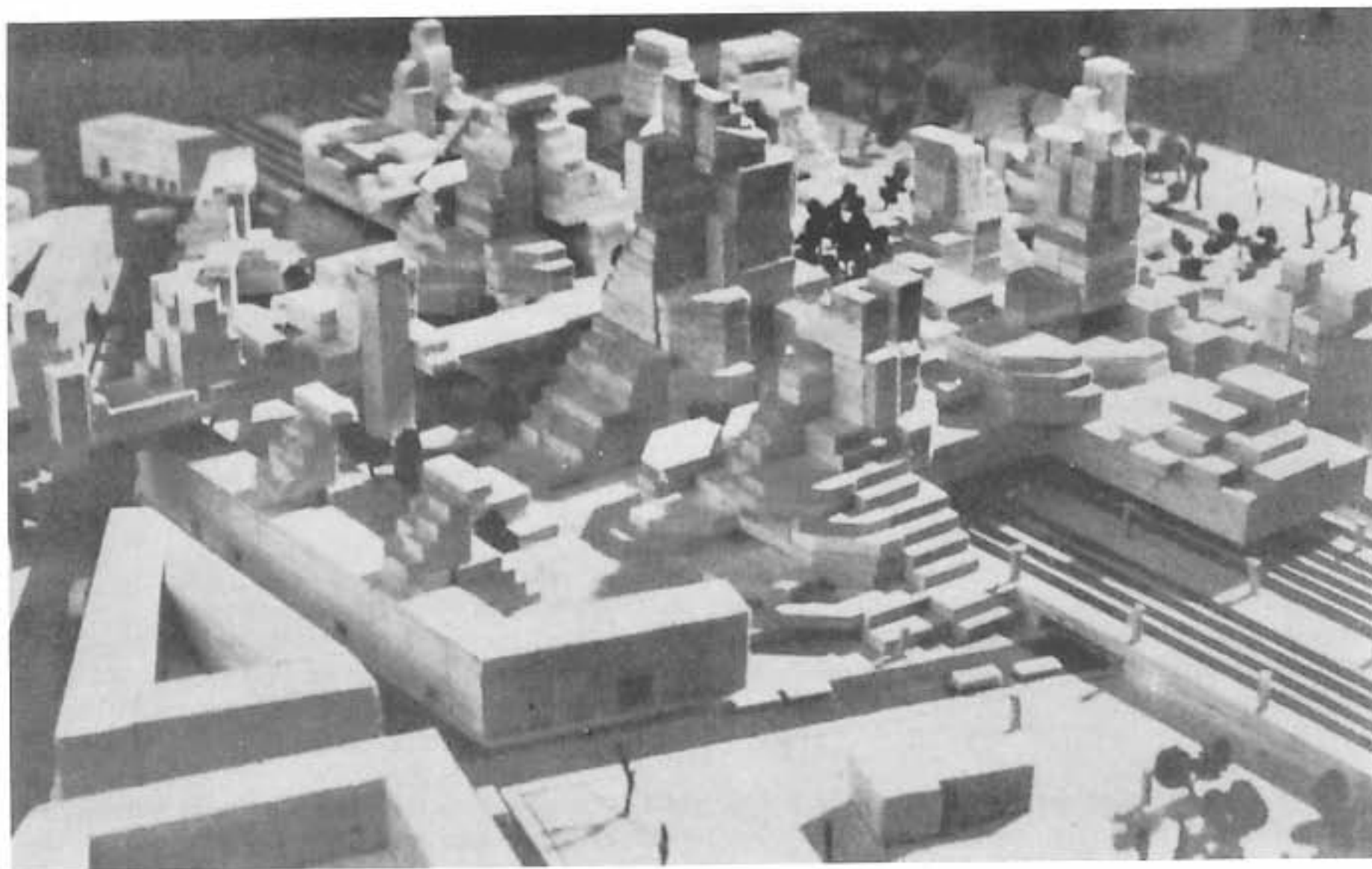
4.2. Für 'Urbanes Wohnen' mußten Grundstücke von etwa 6 bis 8000 qm Fläche gesucht werden. Diese stehen in den Innenstädten nur als bereits genutzte Flächen zu Verfügung: Verkehrskreisel, Parkplätze, Parkhäuser, Eisenbahnanlagen usw..

Die Überbauungen bringen bodenrechtliche Probleme, doch für sie gibt es heute Ansätze zu Lösungen, weil sich

der Staat den Aufgaben des Städtebaus verstärkt zuwendet.

4.3. Die Projekte 'Urbanes Wohnen' können städtebauliche Demonstrativbauvorhaben sein. Sie wollen im wesentlichen die unter 4.1.2, aufgeführten Aufgaben erfüllen.

4.4. Die wirkungsvollste Realisation der Absichten des 'Urbanen Wohnens' wäre durch Einflußnahme auf bestehende Stadtstrukturen zu erreichen. Eine enge Verflechtung mit Wohnbereichen der Umgebung wird bei den Projekten angestrebt, schon, um die Bildung eines Gettos von 'Bevorzugten' zu vermeiden.



'Stadtstrukturen-Modell' der Genossenschaft 'Urbanes Wohnen Köln' (aus: BMBau-Schriftenreihe Nr.01-072)

Autor: Prof. Erich Schneider-Wessling, Bauturm-Architekt Köln; Akademie der bildenden Künste München; Kuratorium Urbanes Wohnen München; Arbeitsschwerpunkt: 'reale Architektur'.

Publikation der Landesaktion 'Grün für unsere Kinder', gefördert vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit. Träger: Urbanes Wohnen e.V., Kazmaistr.23, 80339 München, Tel. 089/5020250 • Beratung: Do 18-20 Uhr, 'Seidlvilla', Nikolaipl.1b/1, 80802 München, Tel.089/398682

© Urbanes Wohnen München 1993